

Weichering, 20.05.2022

Gemeinde Weichering
z.Hd . H Bürgermeister Mack
Kapellenplatz

86706 Weichering

Stellungnahme zum Paketzentrum Weichering 1.öffentliche Vorstellung am 17.5.22

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
lieber Thomas,

die Vorstellung der Planungsergebnisse konnten mich immer noch nicht überzeugen. Für mich überwiegen die Nachteile, die Bevölkerung oder besser Teile der Bevölkerung werden gesundheitliche Belastungen auf Dauer ausgesetzt. Die Schäden können materiell nicht ausgeglichen werden. Im Bürgerentscheid haben z.B. die Lichtenauer Bevölkerung mitbestimmt, obwohl sie nicht direkt betroffen sind. Außerdem hat der Entscheid zu einem Zeitpunkt stattgefunden wo nur die Absichtserklärung der Post, aber keinerlei belastbare Tatsachen enthalten waren. Im Nachgang hat sich nun gezeigt, dass die Bauhöhen sich von den ursprünglichen Angaben deutlich unterscheiden. Das Baugelände wird um mindestens 0,5m aufgefüllt. Die Zahlen der Fahrzeuge haben sich auch erhöht. Die anliegende Bevölkerung wird einem grenzwärtigen Lärmpegel ausgesetzt. Die Lichtverschmutzung beeinflusst ebenfalls das körperliche Wohlbefinden. Zum Thema Lichtverschmutzung habe ich leider kein Gutachten gefunden. Dieses ist nachzureichen.

Eine mögliche Überschwemmung des Kernortes durch mangelnde Versickerungsleistung ist ebenfalls nicht auszuschließen.

Ich bitte daher jetzt bereits mit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln zum Einbau von Lärmschutzmaßnahmen zu beginnen, um die vorsätzlich herbeigeführten Beeinträchtigungen wenigstens teilweise ausgleichen zu können.

In den Anlagen sind die Stellungnahmen/Widersprüche gegen die vorliegenden Veröffentlichungen enthalten. Ich hoffe dass dazu geeignete Abhilfemaßnahmen ergriffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen:

1. Stellungnahmen zum Lärmgutachten, Wasserentsorgung und Lichtverschmutzung
2. Fragen
3. Diverse Pressemitteilungen

1. Widerspruch/Stellungnahme zum Thema Lärm

1.1 Allgemeines

Sehr befremdlich ist die Vorgehensweise in der Lärmbetrachtung. So wird der Verkehrslärm extra zum Lärm aus dem Paketzentrum betrachtet. Tatsache ist aber dass beides miteinander korrespondiert. Ohne zusätzliche massive Verkehrsbelastung ist ein Paketzentrum nicht möglich und ohne Paketzentrum ist nicht mit einer derartigen LKW-Belastung zu rechnen. Die Gemeinde nimmt diese zusätzlichen Belastungen vorsätzlich in Kauf.

1.2 Lärmgutachten TÜV Rheinland

Das vorliegende Gutachten ist zweifelhaft für die Berechnung des entstehenden Lärms des Paketzentrums.

Begründung:

Es wurden keine Informationen zu den Randbedingungen gegeben. Eindeutig fehlt die Beachtung der überwiegenden Westwindlage als auch die grundsätzliche Beschreibung der Rechenmethode. Es wurde offensichtlich mit den meteorologischen Standardwerten gerechnet, nehme ich an.

Beschrieben ist dies nirgendwo.

In Weichering ist auf Grund von Wasserflächen mit Nebel, besonders in den Wintermonaten zu rechnen. Eine erhöhte Luftfeuchtigkeit führt zur besseren Schallausbreitung sagt die Physik. Unter Berücksichtigung der fehlenden Angaben ist eine erneute Lärmrechnung erforderlich.

Die vorliegende Berechnung sollte um mindestens einen Rechenpunkt erweitert werden, da die Straße aus der Muna Richtung Weichering wie ein Lärmkanal wirkt und an den Gebäuden in der Straße Am Anger (Hauptstraße) ungehindert auf die Wohnbebauung trifft.

Aus nachfolgender Darstellung wird einem bewusst, dass in Schornreuth ein Grenzwert von 45 dB/A gem. TA Lärm zulässig ist. Die vorliegende Rechnung sagt nachts einen Lärm von 40-43 dB/A voraus. Also im Mittel 41,5dB/A, ergo zulässig.

Für die Munasiedlung gilt der gleiche Grenzwert von 45dB/A, da die Gemeinde die Wohnsiedlung als Mischgebiet eingestuft hat. Eigentlich unverständlich, da in diesem Gebiet keinerlei Betrieb etc. angesiedelt ist.

Für die weitere Betrachtung ist dies aber nicht wichtig, da ja nur die Nachtruhe der anwohnenden Menschen beeinträchtigt wird. Der berechnete Lärmwert wird wie in Schornreuth mit gleicher Höhe von im Mittel 41,5 dB/A angegeben, obwohl im Vergleich zu Schornreuth für die Schallausbreitung nur ca. die halbe Strecke gerechnet werden muss.

Für die ersten Häuser in Weichering wird der Grenzwert von nachts 40dB/A angegeben.

Bei ähnlichen (fast gleichen) Umgebungsbedingungen wird dafür ein Lärmpegel von 31-38 dB/A (Mittelwert 34,5) angegeben.

Im Vergleich zu Schornreuth liegt bei fast gleicher Entfernung um sage und schreibe der Lärmwert um 7dB/A niedriger obwohl hier mit zusätzlicher Belastung durch den vorherrschenden Westwind gerechnet werden muss. Für beide Gebiete ist die Lärmschutzmaßnahme in gleicher Weise einbezogen worden.

In wieweit auf dem Gelände der Be- und Entladeverkehr in welcher Intensität berücksichtigt wurde gibt es keine Angaben. Die Betreiber haben zugesagt künftig vermehrt auf E-Antrieb umstellen zu wollen, allerdings ohne konkretere zeitliche Angabe. Bis dahin gilt Verbrennungsantrieb.

Die Zahlen für die Betrachtung sind unten angefügtem Bild zu entnehmen. Für eine erste Betrachtung des Lärmgeschehens mögen diese Berechnungsergebnisse durchaus hilfreich sein, für eine verbindliche belegbare Aussage sind diese Angaben mehr als zweifelhaft und bedürfen einer

erneuten ausführlichen Berechnung unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Eigentlich drängt sich der Verdacht auf, dass hier die Grenzwerte mit niedrigeren errechneten Werten erreicht werden sollten.



Für Maxweiler wurde der gleiche Wert wie für Weichering ermittelt, ebenfalls mit 2dB/A Abstand zum Grenzwert.

Ich beantrage daher eine neue Lärmberechnung, mit Vorstellung durch den Ersteller des Gutachtens.

Ein weiteres unabhängiges Gutachten beantrage ich daher. Die Gemeinde hat dazu der Auftraggeber zu sein um die Unabhängigkeit sicherzustellen.

1.3 Verkehrslärm

Die Lärmbelastung für Teile von Weichering liegt bereits jetzt in einem Wert über den zulässigen Lärmgrenzen. Auch hier gilt der 40 dB/A Grenzwert. Die Lärmbelastung liegt bereits heute bei bis zu 60d B/A.

Es kursieren unterschiedliche Zahlen für den zu erwartenden LKW Verkehr. In der folgenden Betrachtung werden daher die Zahlen verwendet die zu Beginn bereitgestellt wurden. Welche Zahlen nun richtig sind bitte ich mir mitzuteilen. Eine verbindliche belastbare Aussage dsazu ist erforderlich und durch die Gemeinde verbindlich anzufordern.

Der mit dem Paketzentrum korrespondierende zunehmende Verkehr insbesondere der LKW-fahrten, bis zu 1200 Bewegungen in einfacher Richtung also 2400 LKW Bewegungen pro Tag bringt eine massive Lärmzunahme mit sich.

Unter Annahme dass die durch die Postvertreter angegebene Verteilung Tag/Nacht und Ost /West Richtung richtig ist, ergeben sich für die Anwohner in Weichering eine Zunahme an LKW Betrieb wie folgt:

(80% des Verkehrs erfolgt nachts also $2400 \cdot 0,8 = 1920$, aus oder in östlicher Richtung 90% also $1920 \cdot 0,9 = 1728$)

Da der Verkehr angeblich in 8 Stunden zwischen 22 und 6 Uhr also 8 Stunden = 480 minuten stattfinden soll ergibt sich eine Lärmbelastung von durchschnittlich

$1728/480 = 36$ LKW / Minute oder 1 LkW in 1,6 Sekunden. Diese erhebliche Lärmzunahme kann nur dazu führen, dass die die den zusätzlichen Lärm erzeugen und genehmigen auch die

Abhilfe nach dem Verursacherprinzip schaffen müssen. Verbindliche Aussagen zu den Zahlen sind durch die Gemeinde anzufordern und vertraglich zu fixieren und bekanntzugeben.

In erster Linie trifft das die DHL als auch die Gemeindevertretung Weichering mit der Wahrnehmung des Bevölkerungsschutzes durch Gegenmaßnahmen wie Bereitstellung und Durchführung von z.B. Lärmschutzwall oder und Lärmschutzfenstern und aktiven geräuschmindernden Maßnahmen. Weitere Vorschläge nehme ich gerne zur Kenntnis. Ich beantrage dringend Abhilfemaßnahmen. Dazu erwarte ich eine Stellungnahme der DHL als auch der Gemeinde um einem ausreichend dimensionierten Lärmschutz sicherzustellen.

2. Widerspruch zur Wasserthematik

2.1. Allgemeines

Das Paketzentrum umfasst ein Areal von ca. 160 000m². Davon sind ca. 140 000 m² bebaut bzw. versiegelt. Das Niederschlagswasser wird in Kanälen gesammelt und soll komplett auf dem Gelände auf einer Fläche von 5174 m² versickert werden. Diese Menge kann in 24 Stunden versickert werden. Das behaupten die Vertreter der DHL, als auch die Vertreter des Gemeinderates.

2.2. Abwasser

Das Abwasser soll in einer eigenen Kläranlage so aufbereitet werden, dass es auf dem Gelände versickert werden kann. Diese Kläranlage bedarf eines relativ hohen Wartungs- und Kontrollaufwandes der durch DHL sicherzustellen ist. Bei normalem Betrieb ist nach Angabe mit 12 l/Minute zu rechnen. Das entspricht für einen durchschnittlichen Tag einer Menge von $12 \cdot 60 = 720 \text{ L/h} \cdot 24 = 17280 \text{ l/Tag} \cdot 30 = 518400 \text{ l/Monat}$. Dieser Wert ist nach meiner Schätzung wesentlich niedriger anzusetzen. Ein realistischer Wert wäre etwa 2700 l/h oder 64,8m³/Tag. Die Gemeinde wird gebeten per Vertrag mit DHL sicherzustellen, dass keine ungeklärten Abwässer versickert werden. Aussagen zu einer Rückhaltung des ungeklärten Abwassers fehlen. Da das Abwasser technisch bearbeitet wird kann es zu Störungen kommen, sodass eine Mindestmenge zwischen zu speichern ist. Wo ist die dafür erforderliche Fläche?

2.3. Niederschlagswasser

Die Grundlast der Versickerung bildet die zu versickernden Abwassermenge von ca. 60 m³/Tag.

Hinzu kommen jetzt die zu wartenden Niederschlagsmengen von zeitlich begrenzt 60 L/m² in 30 Minuten oder kürzlich in Bergheim mit 40 l/30 Minuten.

Dies führt dazu dass für die 140 000m² mit einer Niederschlagsmenge von $140000 \cdot 40 \text{ L}/30 \text{ Minuten} = 5600 \text{ m}^3/30 \text{ Minuten}$ Zu rechnen ist. Eine Versickerungsmenge kann für diesen kurzen Zeitraum vernachlässigt werden.

Insgesamt stehen nach derzeitiger Planung

Stauraumkanäle mit einem Volumen von 1836 m³ einem Versickerungsmuldenvolumen von 1547 m³ und einer Hofffläche mit 683 m³ zur Verfügung. Das ergibt eine Gesamtspeichermenge von 4071 m³.

Das bedeutet, dass zwar 4071 m³ aufgenommen werden können wenn alle Speicher zu 100 % leer sind. Wo verbleiben aber die restlichen $5600 - 4071 = 1529 \text{ m}^3$?

Die Aufnahme von 29 l/m² und Stunde ist bei leeren Speichern gerade noch möglich wie nachfolgende Überschlagsrechnung zeigt.

$29 \text{ l/h} \cdot 140000 \text{ m}^2 = 4060 \text{ m}^3$ und Stunde.

Voraussetzung dafür alle Speicher leer!

Unter realistischen Bedingungen ist das leider nur höchst selten der Fall.

Damit ergibt sich nach einer längeren Regenperiode eine Teilfüllung der Speicher als auch der umgebenden Wasserläufe.

In der Vergangenheit hatten wir nach längeren unwirtlichen Wetterbedingungen erhöhte

Wasserstände in der Ach, die zu Ausuferungen auch im bebauten Gemeindebereich geführt haben. Das Wasser aus der Ach stand bereits auf den Straßen entlang der Ach. Wenn nun noch zusätzlich aus dem Paketzentrum in das tieferliegende Weichering Wasser abfließt führt das zu Überschwemmungen im Ortsbereich und damit für Schäden an und in Gebäuden.

Das gilt es zu vermeiden!

Zur Verdeutlichung des Problems:

Bereits bei einem Füllgrad von 50% der Regenrückhaltebecken stehen für eine Speicherung nur noch $4071\text{m}^3/2=2035\text{m}^3$. Das bedeutet bei einem Starkregen von 25 l/m^2 und Stunde ergibt sich eine Regenmenge von $140\ 000*25=3500\text{ m}^3$. Wo verbleiben die restlichen 1500 m^3 ?

Das Wasser wird sich den tiefsten Punkt suchen und in die Ach nach Weichering abfließen.

Spätestens jetzt sollte jedem es klar werden, dass die geplante Regenrückhaltung wesentlich zu vergrößern ist, so dass für alle Fälle die Überschwemmungsgefahr durch das Paketzentrum ausgeschlossen ist.

Für Regenmengen wie sie z.B. im Ahrtal oder Landshut aufgetreten sind, ist dann bereits zum jetzigen Zeitpunkt mit massiven Problemen zu rechnen. Daten dazu können dem Donaumoospegel für Weichering entnommen werden.

Zeitungsartikel zu diesem Thema stehen dem geneigten Leser im Anhang zur Verfügung.

Was wird gegen die Hochwasserthematik getan?

Was unternimmt der Gemeinderat?

Gibt es Betrachtungen für das Hochwassermanagement.

Ich fordere daher, dass die Gemeinde mit der DHL einen Vertrag abschließt nach dem alle Hochwasserschäden ausnahmslos durch DHL zu tragen sind.

Wenn es zu keiner Änderung kommen sollte bitte ich um Mitteilung wer im Schadenfall für die Schäden haftet.

Abgeschlossene Elementarversicherungen werden spätestens nach dem ersten Schadenfall gekündigt.

Anmerkung:

Die ERGO Elementarversicherung wurde uns ohne Schadenfall im Rahmen der Donaurenaturierung gekündigt. Ein anderer Versicherer hat die Versicherung übernommen, allerdings mit massiven Prämienerrhöhungen.

Ich bitte daher um Erhöhung der Speicherkapazitäten im Paketzentrum, so dass nach menschlichem Ermessen keine Gefahr für des tieferliegende Weichering besteht.

Ein Beispiel dafür wo wir stehen:

Am 10.7.21 10:00 hatten wir einen Achpegelstand von 93 cm. Nachfolgendes Photo von exakt der gleichen Zeit zeigt die noch verbliebene Restdurchflusshöhe zwischen Wasseroberfläche und Brückenunterkante von 42 cm.



Dieser Abstand wurde am 10.03.2002 bei einem Pegelstand von 157 cm auf 3cm verringert. Die anliegenden Straßen waren zum Teil überflutet.

Wenn nun aus dem Paketzentrum noch zusätzliches Wasser dazu gekommen wäre, hätte dies unweigerlich zu einem Rückstau der Ach geführt.

Eine Überschwemmung eines Großteils der Ortschaft ist uns mangels Paketzentrum erspart geblieben.

Sind Abhilfemaßnahmen geplant und wenn welche? Die Aussage des Architekten es gab noch nirgendwo Probleme ist nicht zielführend.

Was wird tatsächlich gegen das Überschwemmungsrisiko unternommen? Wir arbeiten nach DIN ist nicht hilfreich zur Problemlösung.

Welche Schutzmaßnahmen hat die Gemeindevertretung für die Ortschaft vorgesehen?

Ich vermute keine, denn bisher ist ja nichts passiert, oder sollte ich mich täuschen?

3. Lichtverschmutzung

3.1 Allgemein

Der Arbeitsschutz fordert für Nachtarbeit entsprechende Ausleuchtung, Auf dem Gelände ist mit entsprechender Ausleuchtung zu rechnen.

3.2 Auswirkungen

Die gerichteten Leuchten werden in Höhen bis zu 16m errichtet, Das „insektenfreundliche“ Licht führt aber dazu dass es sich trotzdem ausbreitet und reflektiert wird. Die Insekten verbrennen nun nicht mehr an den Lampen wie früher sondern verenden nun an Erschöpfung. Für uns Menschen gilt: Künstliches Licht machen die Nacht zum Tag. Menschen kommen wegen verringerter Melatoninproduktion schlechter zur Ruhe. Auch Tiere werden im Tag/Nacht-Rhythmus gestört. Für einen erholsamen Schlaf bildet Dunkelheit die

Voraussetzung.

Die Helligkeit wird uns aber von der DHL kostenfrei bereitgestellt. Dieses Fremdlicht führt ohne Schutzmaßnahmen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Wer sorgt für Schutzmaßnahmen?

Wer übernimmt die dafür entstehenden Kosten?

Gilt auch hier die Prämisse, wir wollen unter allen Umständen das Geld aus den Steuern zu Lasten der anliegenden Bevölkerung?

Was ist der gesundheitliche Schutz der Gemeindevertretung wert?

4. Zusammenfassung

Aus den vorangegangenen Zeilen ergeben sich eine Menge Fragen, die wie ich hoffe alle zufriedenstellend kompetent beantwortet werden. Floskeln wie LKWs machen Lärm helfen hier nicht weiter.

Tatsache ist dass Lärm, Licht und Gestank uns Krank machen können und werden.

5. Zusätzlicher Fragenkatalog

Wann wird ein neues überarbeitetes Lärmgutachten vorliegen?

Wann wird dieses der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Gibt es einen Gemeinderatsbeschluss zu den vorliegenden Planungsunterlagen und wie lautet dieser?

Wie stellt sich der Gemeinderat zu den hohen Lärmemissionswerten?

Wird es einen Vertrag mit DHL zum Kläranlagenbetrieb geben?

Wo ist die Rückhaltung für das Abwasser geplant und wie groß ist diese?

Wie stellt sich die Gemeindevertretung zu den Ausführungen der Post für das Niederschlagswasser?

Will die Gemeinde bei dem Planungsstand der DHL bleiben und nimmt damit in Kauf dass Teile der Ortschaft überschwemmt werden können?

Gibt es in der Gemeindeverwaltung Überlegungen zum Hochwassermanagement?

Wer übernimmt die Kosten für den Schutz der Bevölkerung zum Thema Lärmschutz?

Wie stellt sich die Gemeindevertretung den Schutz gegen das Streulicht vor?

Wie soll die Bevölkerung gegen Überschwemmungen hervorgerufen durch das Paketzentrum geschützt werden und wer übernimmt dafür die Kosten?

Ab wann stehen die notwendigen finanziellen Mittel für die Schutzmaßnahmen bereit?

Wann ist mit verbindlichen Ausführungen zu Bauhöhen zu rechnen?

Wann wird die DHL den Betrieb mit lärmärmeren Elektrofahrzeugen aufnehmen?

Kümmert sich der Gemeinderat um die körperliche Unversehrtheit oder nimmt er das Risiko in Kauf, dass Bürger an den Auswirkungen des Paketzentrums leiden müssen?

Die ausgeführten Stauräume sind im Störfall nicht ausreichend, da in den Nachtstunden alle 1,6 Sekunden ein LKW eintrifft. Wo ist der dafür erforderliche Stauraum?

Übernimmt DHL die Kosten für einen adequaten Lärmschutz entlang der B16, denn die massive Verkehrszunahme in den Nachtstunden erzeugen gesundheitsgefährdenden Lärm. Die WHO empfiehlt max 45dB/A. Es werden derzeit in Teilbereichen bereits 60dB/A überschritten. Wer schützt uns gegen den durch DHL verursachten Lärm?

Gilt auch hier die Prämisse, wir wollen unter allen Umständen das Geld aus den Steuern zu Lasten der anliegenden Bevölkerung?

Was ist der gesundheitliche Schutz der Gemeindevertretung wert? Wie niedrig müssen die Einnahmen sein um immer noch Pro eingestellt zu sein?

Wo darf ich die finanziellen Mitten für Schutz aufwendungen beantragen?

Schließt die Gemeinde mit dar DHL Verträge zum Schutz der Bevölkerung?
Wenn ja, welche?

Ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Parkflächen für die LKW's ausreichend sind?

Viele weitere Fragen liegen vor, aber ohne konkrete Unterlagen sind diese nicht sinnvoll.

5. Anlagen

Wie angekündigt in den Anlagen zur Lektüre und Stellungnahme.



Warnung vor Starkregen

Expertin: Risikobewusstsein bei Kommunen und Bevölkerung zu gering – Bürger zur Elementarversicherung aufgefordert

Reichertshofen – Die dramatischen Folgen der letztjährigen Fluten in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen haben Starkregenereignisse als Auslöser lokaler und regionaler Katastrophen in den Fokus gerückt. Die CSU Reichertshofen-Pömbach hat sich in ihrer Veranstaltungsreihe „Aus erster Hand“ nun mit Starkregen befasst – dieses Mal im Puchert Dorfheim. Mit Anne von Streit von der Ludwig-Maximilians-Universität München wurde eine ausgewiesene Expertin für einen Vortrag und Diskussion gewonnen.

In ihrem Vortrag wies von Streit – Leiterin des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts KARE (Klimawandelanpassung auf lokaler Ebene), tätig am Department für Geographie der Ludwig-Maximilians-Universität München – auf die Zusammenhänge zwischen dem fortschreitenden Klimawandel und der wachsenden Zahl von Extremwetterereignissen hin.

„Kommunen stehen in vielen Bereichen vor neuen He-

rausforderungen. Es geht vor allem um ein Umdenken in gesellschaftlichen und ökologischen Fragen. Die potenzielle Gefahr von Starkregenereignissen erfordert, langfristig vorzudenken und diese in der kommunalen Entwicklung heute schon mitzudenken“, betonte der CSU-Ortsvorsitzende Max Zängl.

Klimawandel führt zu mehr Extremwetterereignissen

Mit der Erwärmung durch den Klimawandel kann die Atmosphäre mehr Wasserdampf speichern, also mehr Feuchtigkeit aufnehmen, das Potenzial für Starkregen nimmt zu. „Wir sehen heute schon eine nachweisliche Veränderung. Während sich die durchschnittliche Niederschlagsmenge über das Jahr in Bayern kaum verändert hat, erleben wir längere Trockenperioden und intensivere Niederschläge“, so von Streit. Starkregenereignisse bei denen in einem kurzen Zeitraum eine hohe Regenmenge fällt, treten lokal sehr begrenzt auf und sie können auch abseits



Anne von Streit sprach bei der CSU Reichertshofen-Pömbach. Foto: CSU Reichertshofen-Pömbach

großer Flüsse zu Überflutungen mit großen Schäden führen. Und vor allem: Überflutungen in der Folge von Starkregen können jede Region und jede Gemeinde treffen. Aufgrund der kurzen Vorwarnzeit ist Vorsorge wichtig. Stand heute seien allerdings viele

Kommunen den Ereignissen eher unvorbereitet ausgesetzt. Starkregenrisikokarten sind bislang erst in wenigen Kommunen verfügbar.

Kommunen vor großen Herausforderungen

Städte und Gemeinden sind laut der Expertin die zentrale Ebene für das Starkregenrisikomanagement. Die Kommunen verfügen über lokales Wissen. Zudem kämen Maßnahmen direkt dem Schutz der Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zugute. „Leider ist jedoch das Risikobewusstsein in Kommunen und auch in der Bevölkerung nicht ausreichend vorhanden. Zunächst geht es darum, für die Gefahren zu sensibilisieren, und eine Risikoanalyse vor Ort durchzuführen“, so von Streit. Auf Basis der Risikoanalyse können dann weitere Maßnahmen geplant werden.

Als kommunale Handlungsmöglichkeiten sieht die Expertin neben der Information der Bürger vor allem, Starkregen- und Bauleitplanung zu

verankern. Dazu zählt, möglichst wenig Flächen zu versiegeln, Retentionsflächen zu schaffen und hochwassergefährdete Bereiche von Bebauung freihalten. Von Streit: „Die Kommunen stehen hier häufig noch komplett am Anfang. Neben Wissenslücken oder auch der Angst vor unangenehmen Entscheidungen, sind es vor allem unzureichende finanzielle und personelle Ressourcen, die den Kommunen zu schaffen machen. Kleinere Kommunen können die Herausforderungen der Klimaanpassung aus eigener Kraft gar nicht stemmen.“ Da sei Unterstützung durch den Staat notwendig.

An die Bürger appellierte von Streit, sich durch eine Elementarversicherungsabdeckung abzusichern. „Ansonsten sind Schäden am Haus und am Hausrat durch Starkregenereignisse nicht abgedeckt. Zudem hat die Staatsregierung 2019 beschlossen, dass nach Naturkatastrophen keine finanziellen Unterstützungen in Form von Soforthilfe mehr gewährt werden.“

DK

den DONAUKURIER lies durch ihre Weltoffenheit mit aktuellen Ereignissen geistig fit. Zu ihrem Ehrentag gratulierten die vier Kinder sowie viele Bekannte und Verwandte. Die Glückwünsche der Gemeinde Buxheim überbrachte Bürgermeister Benedikt Bauer mit einer Urkunde. Zudem gratulierte Pfarrer Ulrich Eckert von der Friedenskirche Gaimersheim. Im



Ingrid Goldenbohm freute sich über die Wünsche zum 90. Geburtstag. Foto: Heimbüchli

IN KÜRZE

Gaimersheim – Die Bürgergesellschaft Gaimersheim veranstaltet ihren nächsten Stammtisch für alle Bürger an diesem Dienstag. Das Treffen beginnt um 18 Uhr in der Pizzeria Colosseo. D

Zu wenig Schutz vor Starkregen

München – Deutschlands Städte und Gemeinden sind nach einer neuen Studie schlecht auf die häufiger werdenden Sturzfluten nach schweren Gewittern vorbereitet. „Lokale Starkregen können grundsätzlich überall auftreten und damit können auch Überflutungen abseits von Gewässern auftreten“, sagte Studienautor und Entwässerungsfachmann Theo Schmitt am Montag am Rande der Umwelttechnikmesse Ifat in München.

Auch lokale Unwetter könnten jährlich Schäden in Milliardenhöhe anrichten, so der Wissenschaftler. Er verwies auf Prognosen, dass schwere Gewitter im Zuge des Klimawandels häufiger auftreten werden.

Schmitt ist ehemaliger Professor für Bauingenieurwesen der TU Kaiserslautern. Auftraggeber der Studie war die „Initiative Verantwortung Wasser und Umwelt“, die maßgeblich vom Bundesverband Baustoff-Fachhandel finanziert wird. In der Studie identifiziert Schmitt mehrere Schwachstellen: Dazu zählt der Wissenschaftler fehlende Warnsysteme ebenso wie einen Mangel an „Starkregensikokarten“, mit deren Hilfe sich die Bürger über potenzielle Gefahren in ihrem Wohngebiet informieren könnten.

Gegenstand der Studie sind nicht die großen Überschwemmungen wie die Flutkatastrophe des vergangenen Sommers in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, sondern lokale Starkgewitter, die in den vergangenen Jahren große Schäden verursacht und Todesopfer gefordert haben. Beispiele sind die Sturzfluten des Sommers 2016 im bayerischen Simbach am Inn und in Braunschweig in Baden-Württemberg.

„Die Kommunen können viel mehr tun, die müssen sich endlich mal bewegen“, sagte Wolfgang Günthert, ehemaliger Professor für Siedlungswasserwirtschaft an der Bundeswehr-Universität in Neubiberg bei München. Allein im Juni und Juli 2021 habe es in Bayern 77 Gewitter und Starkregenergebnisse gegeben – die meisten davon im ansonsten eher trockenen Norden Bayerns.

„Hochwasser kann man relativ gut vorhersagen“, sagte Günthert. „Starkregen ist schwierig.“ Für Überflutungen nach Starkregen sei Rückstau in der Kanalisation die häufigste Ursache. Die zunehmende Versiegelung des Bodens verschärfe das Problem. Von 2056 Gemeinden in Bayern hätten bislang nur 98 Fördermittel der Staatsregierung für Sturzflutmanagement beantragt.

Auch Hausbesitzer sollten nach Einschätzung der beiden Fachleute mehr tun, um ihre Anwesen zu schützen. Dazu gehört die Abdichtung von Lichtschächten für Kellerfenster ebenso wie die Instandhaltung von Regenrinnen oder Rückstauventilen in Abwasserleitungen.

urde, ist
iltner, LBV

Altar

ung der
870 zum
fehlbar-
on eben
aupt –
örte Bil-
0 Jahren
er zum
e, als er
mittel-
n zu ha-

nd habe
Brief ge-
rthener
nstritte-
ich mei-
katholi-
ine Ant-
m nicht,
m Papst
itgeteilt
m Kleri-
– auf La-
ie Amts-
er Blase
eigenen
r nichts
Das geht
lität der
in Über-
ken be-
m „eine
dpa

tz

usbau

dpa

Diverse weitere Presseinformationen stehen zur Verfügung. Z.B. Münchner Merkur, zum Thema Parkplätze für „Post-LKW’s“ in Aschheim. Die Ausführungen des dortigen Bürgermeisters sind unter Umständen hilfreich für das Projekt in Weichering.

Ich bitte um Beantwortung aller Fragen bis zum 4.7.2022.